

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

Verhandelt am: 28.04.2021

Anwesende Stadträte: 13

Abwesende Stadträte: 5

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Sebastian Kurz

Stadträte

Herr Marc Bubeck
Herr Adalbert Bund
Herr Jörg Kimmich
Herr Jugoslav Lukic
Herr Christoph Mack
Frau Nadine Madera
Herr Karl Rapp
Herr Gunter Schaal
Frau Pia Schwarz
Herr Jürgen Steck
Frau Eva Sturm
Frau Annette Thaler
Herr Thomas Vater

von der Verwaltung

Herr Wolfgang Gogel
Herr Matthias Hirn
Frau Veronika Köttgen
Frau Katja Scherr

Schriftführung

Frau Sabine Zalder

Abwesend:

Stadträte

Herr Friedemann Alber
Herr Martin Gärtner
Herr Ernst Harrer
Herr Jörg Harrer
Herr Dieter Weiler



Tagesordnung:

- § 1 Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft
- § 2 Einbringung Haushaltsplan 2021
- § 3 Bericht der Verwaltung über aktuelle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und Beschaffung von Covid-19 Antigentests für Schulen und Kindertagesstätten
- § 4 Entwurf Nahverkehrsplan
- § 5 Entwidmung Obdachlosenunterkünfte
- § 6 Genehmigung öffentlicher Protokolle
- § 7 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
- § 8 Verschiedenes
 - § 8.1 Kommunales Jugendreferat
 - § 8.2 Digitalfunk Feuerwehr
 - § 8.3 Kreisstraße zwischen Grötzingen und Wolfschlugen
 - § 8.4 Sanierung der Ortsdurchfahrt Neuenhaus und Museumsradweg

Zur Beurkundung:

Der Vorsitzende:
Bürgermeister

Schriftführerin:

Stadträte:



Vor Einstieg in die Tagesordnung erinnert Bürgermeister Kurz an den verstorbenen Stadtrat Rolf Malik, der von 1974 bis 2008 dieses Amt bekleidete und außerdem von 1975 bis 2008 stellvertretender Bürgermeister war. 1974 wurde Rolf Malik erstmals in den Gemeinderat der damals noch selbständigen Gemeinde Aich gewählt. Von 1975 war er ununterbrochen als Stellvertretender Bürgermeister vom Gemeinderat nach jeder Wahl wieder bestätigt worden. Dies zeigt den hohen Respekt und die Achtung, die Rolf Malik durch seine Mitwirkung auch bei seinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen erworben hatte.

In seinen 34 Jahren als Gemeinderat war Herr Malik zeitweise in drei Ausschüssen gleichzeitig vertreten. Durch seinen beruflichen Hintergrund als Jurist war seine Fachkenntnis, die er in die Gremien einbringen konnte, immer sehr hilfreich. Bürgermeister Kurz kannte Herrn Malik zwar leider nicht persönlich, aber von Weggefährten weiß er, dass er durch seine ausgleichende Art immer zu einem guten Umgang im Gemeinderat beitragen konnte. 34 Jahre in diesem wichtigen Ehrenamt verdienen ganz besondere Anerkennung, Rolf Malik wurde für seine Verdienste deshalb vom deutschen Städtetag mit dem Verdienstabzeichen in Gold geehrt.

Mit großer Dankbarkeit nimmt Aichtal Abschied von einer Persönlichkeit, die viel für die bürgerliche Gemeinschaft getan, geleistet und bewirkt hat. Gemeinderat, Stadtverwaltung und Bürgerschaft trauern um einen großartigen und allseits beliebten Menschen. Rolf Malik wird weiterleben als Vorbild in seinem gemeinnützigem Wirken und noch mehr in der Erinnerung aller, die ihn kannten. Bürgermeister Kurz bittet die Anwesenden, sich zu einer Gedenkminute von ihren Plätzen zu erheben.

§ 1

Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft

Ein Bürger erkundigt sich, warum der Filderweg, nachdem die Bauarbeiten im Gewerbegebiet Südliche Riedwiesen seiner Ansicht nach abgeschlossen sind, noch immer für den Radverkehr gesperrt ist. Ebenso verhält es sich mit dem landwirtschaftlichen Weg entlang der Kreisstraße im Gewerbegebiet selbst.

Stadtbaumeister Hirn erklärt, dass das Gewerbegebiet noch nicht abgenommen ist und dort zudem auch weiterhin Arbeiten durchgeführt werden. Solange müssen die genannten Wege gesperrt bleiben.

Der Bürger spricht außerdem die Straßenverengung in der Reute an, die für den Fußgängerüberweg gebaut wurde. Er fände es gut, diese könnte bleiben. Herr Hirn erklärt, dass dies nicht der Fall sein wird. Die Verengung wird zurückgebaut und die Beschilderung wieder geändert.

Ein Anwohner der Reute stellt fest, dass er nach der Zeit der Umleitung des Verkehrs durch diese Straße das Anliegen der Anwohner der Stuttgarter Straße, Lärm und Verkehr zu mindern, gut verstehen kann. Seiner Ansicht nach wäre eine Geschwindigkeitsüberwachung auf Höhe der Stuttgarter Straße 55 sowie die Aktivierung der alten Messanlage sicher sinnvoll. Er lehnt jedoch die Änderung der Vorfahrtsregelung ab. Durch das dadurch notwendig werdende Bremsen und Anfahren werden Lärm und Unfallgefahr erhöht.



Eine Bürgerin erkundigt sich, ob Wohnmobile auf öffentlichen Straßen und Parkplätzen auch über längere Zeitspannen abgestellt werden dürfen, was Frau Zalder bestätigt. Auf ihre Nachfrage erklärt Frau Zalder außerdem, dass auch das Parken entlang der Nürtinger Straße erlaubt ist.

Weiteres Anliegen der Bürgerin ist der Skaterplatz in Grötzingen, der gerade jetzt sehr stark frequentiert ist. Um die Nutzer zu entzerren, regt sie einen weiteren Skaterplatz beim KULT 25 an.

Bürgermeister Kurz ist die Thematik bekannt. Gerade jetzt in Coronazeiten brauchen die Kinder solche Spielmöglichkeiten, die auch unter Wahrung der Abstände wahrgenommen werden können. Er wird die Anregung zur Einrichtung eines weiteren Skaterplatzes jedoch gerne mitnehmen.

§ 2

Einbringung Haushaltsplan 2021

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 48/2021, die diesem Protokoll beigelegt ist. Der Haushaltsplanentwurf wird in der Sitzung an die Stadträte ausgehändigt.

Nachdem Stadtkämmerer Gogel im März seinen Dienst bei der Stadt Aichtal aufnahm, konzentrierte sich die Kämmererei darauf, zügig einen Planentwurf zu fertigen. Der Verwaltung war wichtig, schnell eine Handlungsfähigkeit herzustellen, deshalb wurde das vorhandene Zahlenmaterial bearbeitet und ein Planentwurf gefertigt. Herr Gogel berichtet rückblickend auf das Jahr 2020, dass die Erträge sich besser entwickelten als erwartet. Gewerbesteuer und Umsatzsteueranteil legten zu, der Einkommensteueranteil sowie der Familienleistungsausgleichsanteil liegen hinter dem Plan. Gewerbesteuerkompensationsmittel von Bund und Land sowie die Schlüsselzuweisungen des Landes wendeten letztlich die Ertragslage 2020 ins Positive. Im Ergebnishaushalt wird das geplante Ertragsziel von rund 21,6 Mio. Euro voraussichtlich um rund 0,6 Mio. Euro übertroffen. Die Aufwendungen hingegen werden von rund 22,9 Mio. Euro voraussichtlich um rund 1,6 Mio. Euro auf 21,3 Mio. Euro sinken. Herr Gogel rechnet im Ergebnishaushalt deshalb mit einem Überschuss von rund 0,9 Mio. Euro anstatt wie geplant mit einem Verlust von rund 1,3 Mio. Euro. Die Personalaufwendungen werden mit rund 6,9 Mio. Euro hinter dem Planansatz von 7,5 Mio. Euro bleiben. Ebenso werden auch die Sachaufwendungen mit rund 2,9 Mio. Euro hinter ihrem Planansatz von 3,5 Mio. Euro zurückbleiben. Im Finanzhaushalt wurden weniger Einnahmen erzielt und liegen unter dem Planansatz. Die Investitionsausgaben liegen ebenfalls deutlich unter dem Planwert von 2,5 Mio. Euro. Vom geplanten Investitionsvolumen wurden rund 40 % umgesetzt. Eine Darlehensaufnahme war nicht veranschlagt und auch nicht erforderlich. Die Verschuldung der Stadt im Kernhaushalt beläuft sich zum Jahresende 2020 auf rund 2,7 Mio. Euro.

Im doppischen Haushaltsrecht geht es nicht mehr nur um reine Zahlungsströme, sondern um die einzelnen Leistungen, die seitens der Stadt erbracht werden und darum, welche Ressourcen erforderlich sind, um diese Leistungen zu erbringen. Relevant sind deshalb die Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt, die ausgeglichen sein sollten. Kämmerer Gogel rechnet im Haushaltsjahr 2021 mit ansteigenden Erträgen. Die wichtigsten Ertragsarten bleiben 2021 weitestgehend stabil und das Ertragsplus wird sich zum Ende des Jahres voraussichtlich bei rund 0,6 Mio. Euro einpendeln.



Die Personalaufwendungen werden aufgrund von Besoldungsanpassungen und Erhöhungen von Tarifbeschäftigtenentgelten jeweils um 1,4 % steigen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich um rund 25 %. Allerdings entfällt das Plus vollständig auf die geplante Sanierung der L 1185 in Neuenhaus. Diese finanziert die Stadt 2021 vor, um im Haushaltsjahr 2022 eine entsprechende Erstattung vom Land zu erhalten.

Darüber hinaus konnten in allen Bereichen Mittel eingespart werden. Lediglich bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen kommt es zu einem Anstieg. Herr Gogel nennt hier die Kosten eines drohenden Rechtsstreits mit rund 100.000 Euro.

In Summe verbleibt damit im Ergebnishaushalt ein Defizit von rund 1,44 Euro. Herr Gogel ist jedoch zuversichtlich, das Defizit zügig wieder abbauen zu können.

Der Finanzhaushalt bildet neben den Ein- und Auszahlungen im Ergebnishaushalt auch die Investitionen der Stadt im Planjahr ab. Herr Gogel zeigt auf, wie sich die Investitionstätigkeit aufgliedert. Hierzu gehören der Erwerb von beweglichem Vermögen oder immateriellem Vermögen, aber auch Baumaßnahmen und Grunderwerb.

An Baumaßnahmen sind beispielsweise die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Hallenbades oder die Beschaffung eines Beschattungssystems für das Kinderhaus Weckholder geplant. Bei den Tiefbaumaßnahmen steht der Straßenbau in verschiedenen Ortsstraßen an, enthalten sind darin aber auch sonstige Baumaßnahmen wie beispielsweise die Straßenbeleuchtung. Insgesamt sind investive Ausgaben von rund 1,5 Mio. Euro veranschlagt. Herr Gogel zeigt auf, wie die Finanzierung dieser Ausgaben geplant ist. So finden sich hier Investitionszuschüsse des Landes aber auch Grundstückserlöse. Die Investitionseinnahmen sind rund 300.000 Euro höher als Investitionsausgaben vorgesehen sind. Das Plus hilft den Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushaltes zu reduzieren und senkt den Finanzierungsmittelbedarf. Die Aufnahme eines Darlehens ist auch in 2021 nicht vorgesehen. Herr Gogel zeigt zudem die Entwicklung der Liquidität auf, die Ende 2021 voraussichtlich rund 6,4 Mio. Euro betragen wird.

Abschließend stellt er fest, dass der Haushalt in Zeiten der Pandemie verhältnismäßig glimpflich davon kommt. Der vorliegende Entwurf wird nun nochmals geprüft und gegebenenfalls angepasst. Sollten sich nennenswerte Änderungen ergeben, wird der Gemeinderat hierüber ausführlich im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltsplanes in der nächsten Sitzung informiert.

Bürgermeister Kurz dankt dem Kämmerer für dessen Ausführungen und die geleistete Arbeit. Sein Dank gilt auch allen Mitarbeiter*innen der Stadtkämmerei. Er verweist darauf, dass üblicherweise die Fraktionen ihre Haushaltsanträge stellen. Er dankt dem Gemeinderat, dass er der Verwaltung so viel Vertrauen entgegenbrachte und in diesem Jahr hierauf verzichtete. Damit kann der Haushalt zügig verabschiedet werden. Sollte dem Gemeinderat im Haushaltsplanentwurf noch irgendetwas auffallen oder unklar sein, sollte man dies bis spätestens Mittwoch, 5.5.2021 Herrn Gogel mitteilen.

Stadtrat Steck dankt dem Kämmerer für die doch erfreulichen Zahlen. Er bestätigt, dass die Fraktionen in diesem Übergangsjahr, in dem auch viel personeller Wechsel stattfand, keine Anträge gestellt haben, zumal es aus der Vergangenheit noch Punkte gibt, die abgearbeitet werden müssen. Er bittet die Verwaltung, bald den Haushalt 2022 in Angriff zu nehmen, bei dem dann auch wieder Haushaltsanträge gestellt werden.



Stadträtin Schwarz erkundigt sich, wann mit Erträgen aus den Grundstücksverkäufen im Gewerbegebiet Südliche Riedwiesen gerechnet werden kann. Herr Gogel erklärt, dass diese über ein Treuhandkonto laufen und Beträge im Haushalt erst erscheinen, wenn dieses endgültig abgerechnet wird.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat nimmt den Haushaltsentwurf 2021 inklusive der Wirtschaftspläne 2021 für die Eigenbetriebe Wasser- und Energieversorgung sowie Abwasserbeseitigung zur Kenntnis.

§ 3

Bericht der Verwaltung über aktuelle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und Beschaffung von Covid-19 Antigentests für Schulen und Kindertagesstätten

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 49/2021. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Bürgermeister Kurz stellt fest, dass die Verwaltung derzeit mit Corona sehr viel beschäftigt ist. Er möchte dem Gemeinderat deshalb einen entsprechenden Sachstandsbericht liefern.

Nachdem Senioren bei der Impfterminvergabe unterstützt wurden, konnte im April eine Vorort-Impfung in der Sporthalle Grötzingen angeboten werden. Alle Senioren über 80 wurden hierzu eingeladen. 187 Bürgerinnen und Bürger haben dieses Angebot angenommen. Die Zweitimpfung findet Mitte Mai ebenfalls wieder in Grötzingen statt. Der Bürgerbus fährt mobilitätseingeschränkte Personen kostenlos in die Kreisimpfzentren.

Nachdem ab 22.2.21 die Kindertagesstätten im Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen öffneten, setzte die Stadt sofort mobile Testteams ein, die in allen pädagogischen Einrichtungen zwei Mal wöchentlich Schnelltests beim Personal durchführen. Hierfür konnten Ehrenamtliche mit medizinischer Ausbildung gewonnen werden. Für die Beschaffung der Tests entstanden keine Kosten. Seit Anfang März werden alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung und des Bauhofs vor Ort getestet. Außerdem bietet die Stadt mehrere Teststationen im gesamten Stadtgebiet an. Hier wird mit Malteser Hilfsdienst, den örtlichen Apotheken und Hausärzten kooperiert. Ergänzt wird die Teststrategie auch durch Vorortaktionen wie beispielsweise vor einem Einkaufsmarkt.

Mitte März öffneten die Schulen, jedoch fehlte es an einer Teststrategie. Die Stadt Aichtal bot deshalb in Kooperation mit den Maltesern ein freiwilliges Testangebot für Schülerinnen und Schüler an. Nachdem seit 19.4.2021 eine Testpflicht an Schulen gilt, das Land aber zu wenig Tests pro Woche liefern kann, hat der Bürgermeister in einer Eilentscheidung zusätzliche Schnelltests geordert, da sonst eine Schließung der Schulen unumgänglich gewesen wäre. Das Land wird die Kosten hierfür erstatten.

Außerdem beschaffte die Stadt kostenlose medizinische Masken vom Land und schaffte zudem auf eigene Kosten Masken für die Aichtaler Grundschul Kinder an. Erfreulich ist, dass hierfür Spenden bei der Stadt eingingen.



Mittlerweile wird es als sinnvoll erachtet, dass auch Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren für einen Präsenzbetrieb getestet werden. Die Organisation und Logistik der Beschaffung von Selbsttests für die Kindertagesstätten soll über die Kommunen erfolgen. Ob das Land eine Kostenerstattung zahlt und in welcher Höhe, ist noch nicht endgültig geklärt. Die Stadt hat am 19.4.21 mit der freiwilligen Testung von Kindern in den Kindertageseinrichtungen der Stadt und der freien Träger begonnen. Die Verwaltung schlägt dem Gemeinderat vor, Kindern in den Kindertagesstätten zwei Selbsttests pro Woche anzubieten.

Abschließend dankt Bürgermeister Kurz dem Land für dessen Unterstützung bei den Tests. Ergänzend zu seinen Ausführungen berichtet er, dass es bei den Tests verschiedene Hersteller und Testverfahren gibt. Um keine Unsicherheiten zu schaffen, insbesondere im Hinblick auf die Kinder, entschied man sich, immer dieselben zu kaufen.

Stadtrat Schaal dankt dem Bürgermeister für dessen ausführlichen Bericht. Er stellt anerkennend fest, dass man oft nicht sieht, wie viel die Verwaltung auch bei diesem Thema zu tun hat. Angesichts der Tatsache, dass Präsenzunterricht gerade nicht stattfindet, ist ihm wichtig, die Digitalisierung an den Schulen voranzutreiben.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass die Stadt keinen Einfluss darauf hat, wie die Schulen den Fernunterricht organisieren. Das regelt jede Schule in Eigenregie. Bezüglich der Digitalisierung der Schulen ist der Bürgermeister derselben Meinung.

Stadtrat Lukić spricht die Impfkation für über 80-Jährige an. Bürgermeister Kurz erläutert, dass die Kosten von Landkreis und Sozialministerium übernommen werden. Die beteiligten Gemeinden teilen sich die Kosten für die Verpflegung der ehrenamtlichen Helfer.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

Beschluss:

1. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, Antigen-Schnelltests zur Testung in Schulen im erforderlichen Maß und zunächst auf eigene Rechnung zu besorgen, um die Defizite aus den Landeslieferungen abdecken zu können. Die Anzahl der Testkits leitet sich aus der Anzahl der Schülerinnen und Schüler sowie dem Personal an den Schulen ab und entspricht derzeit einem Wochenbedarf von 848 Tests. Die Tests werden gegenüber dem Land mit bis zu 6 Euro pro Testkit abgerechnet. Es erfolgt eine Kostenerstattung durch das Land von 100 % der Beschaffungskosten (max. 6 Euro pro Testkit).
2. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, Antigen-Schnelltests zur Testung von Kindern in den Kindertagesstätten im erforderlichen Maß und zunächst auf eigene Rechnung zu besorgen. Voraussichtlich erfolgt eine Kostenerstattung durch das Land von ca. 50 % der Beschaffungskosten. Zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden gibt es zum jetzigen Zeitpunkt nur einen Zwischenbescheid und keine abgeschlossene Vereinbarung zur Kostenübernahme.
3. Im Haushalt 2021 werden entsprechende Erträge und Aufwendungen veranschlagt. Der Bürgermeister wird ermächtigt, unabhängig von den Zuständigkeiten der Hauptsatzung Bestellungen für Antigentests zu tätigen.



4. Es werden nur über das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zugelassene Selbsttests beschafft. Die Bestellmenge kann durch die Verwaltung an neu geschaffene rechtliche Vorgaben angepasst werden.
5. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die Kostenerstattung vom Land, bzw. vom Bund anteilig an die Malteser auszubezahlen. Die Malteser erhalten pro durchgeführten Test bis zum Stichtag 31.03.2021 9 Euro und ab dem 01.04.2021 6 Euro.

§ 4

Entwurf Nahverkehrsplan

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 46/2021, die diesem Protokoll beigefügt ist.

Inzwischen hat das Landratsamt Esslingen den Kommunen den Nahverkehrsplan zur Stellungnahme vorgelegt. Dieser gibt den Rahmen für die Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vor und ist auf einen Zeithorizont von fünf Jahren angelegt.

Der ÖPNV-Berater der Stadt Aichtal, Herr Springmann, hat sich bereits mit dem Nahverkehrsplan befasst und den Entwurf einer Stellungnahme ausgearbeitet. Eingeflossen sind hier sämtliche Beschwerden und Anregungen, die in der Vergangenheit bei der Stadt vorgebracht wurden. Gemeinderat und Bevölkerung sind nun eingeladen, weitere ergänzende Anregungen dazu bei der Verwaltung einzureichen.

Auf die Durchführung eines runden Tisches, wie ursprünglich gewünscht, wurde angesichts der Corona-Situation verzichtet. Bürgermeister Kurz berichtet, dass über Mail und die sozialen Medien bereits über 40 Personen Anregungen eingereicht haben, es also ein guter Weg ist, die Bevölkerung einzubinden. Diese werden noch bis zum 2.5.2021 gesammelt, aufbereitet und wenn möglich in die endgültige Stellungnahme eingearbeitet. Über die Stellungnahme entscheidet der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung.

Frau Zalder berichtet, dass im Nahverkehrsplan bereits vieles enthalten ist, was aber schon jetzt leider nicht umgesetzt wurde. Außerdem bittet sie zu beachten, dass die Kommunen Anregungen machen können, die Umsetzung letztendlich jedoch beim Landkreis liegt.

Stadtrat Steck bedauert sehr, dass auf den runden Tisch verzichtet wurde. Er hätte sich einen offenen Austausch gewünscht. Er bestätigt, dass im Nahverkehrsplan bereits jetzt vieles enthalten ist, das aber bedauerlicherweise nicht eingehalten wird. Er fordert hier eine entsprechende Kontrolle. Die Stadt darf nicht alles akzeptieren, sondern muss entsprechenden Druck machen. Linienbetreiber müssen aufgefordert werden, die Busse an das Fahrgastaufkommen angepasst einzusetzen. So ist es auch aus ökologischer Sicht schlecht, wenn Gelenkbusse bei niedrigem Fahrgastaufkommen fahren. Hier wären sogenannte Citybusse eine Lösung. Völlig inakzeptabel ist für ihn, dass die Linienführung durch die Albstraße geht. Der Bus muss wieder zurück auf die Hauptstraße, der Umstieg von 809 auf die 167 an der Haltestelle Schönblicksiedlung erfolgen. Er akzeptiert nicht, dass die Gemeinden nur Anregungen und Stellungnahmen abgeben dürfen.

Bürgermeister Kurz hat Verständnis für Stadtrat Stecks Wunsch nach einem runden Tisch. Er macht jedoch deutlich, dass Corona derzeit 60 bis 70 % der Arbeitszeit der Verwaltung



bindet, dazu kam bei Frau Zalder noch die Landtagswahl. Für ihn hatte außerdem das Impfzentrum Priorität. Er ist deshalb als Bürgermeister verpflichtet abzuwägen, wo die Arbeitskraft der einzelnen Mitarbeiter eingesetzt wird und entschied sich bewusst für einen Verzicht. Schriftliche Rückmeldungen sind für ihn mindestens genauso sinnvoll, effizient und effektiv wie Diskussionen am runden Tisch. Die Bürger fühlen sich gut beteiligt, was der Verwaltung immer wieder positiv gespiegelt wird.

Stadträtin Schwarz spricht die Verspätungen bei der Linie 167 an, die auch Nürtingen betreffen. Sie rät deshalb zu einer Kooperation mit der Stadt Nürtingen. Außerdem bemängelt sie die Abkoppelung von Neuenhaus und wünscht hier eine Verbesserung.

Bürgermeister Kurz berichtet, dass auch zwischen den Bürgermeisterkollegen Abstimmungen stattfinden. Außerdem ist der Zweckverband Fahr mit beteiligt.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Nahverkehrsplan und den Entwurf der Stellungnahme des Beraters Springmann zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eingehende Anregungen in die Stellungnahme einzuarbeiten. Die endgültige Stellungnahme wird in der Sitzung des Gemeinderats am 19.5.2021 beschlossen.

§ 5

Entwidmung Obdachlosenunterkünfte

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 47/2021. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Am 25.1.2017 widmete der Gemeinderat verschiedene Gebäude und Wohnungen als Obdachlosenunterkünfte. Der Kindergarten Lönsstraße wurde zwischenzeitlich abgerissen, die ehemalige Arztpraxis im Gebäude Kelterplatz 2 soll anderweitig genutzt werden und die Wohnung im Kindergarten Rudolfshöhe ist schon seit längerem vermietet. Es ist deshalb notwendig, diese Wohnungen und Gebäude zu entwidmen.

Stadtrat Bund interessiert, wie viel beziehungsweise welche Gebäude noch für die Obdachlosenunterbringung genutzt werden und wie die Belegung der Uferstraße 6 aussieht.

Frau Zalder informiert, dass es neben der Uferstraße 6 folgende Obdachlosenunterkünfte gibt: Rathausgasse 3, Raiffeisenstraße 10 und Heinestraße 2 in Grötzingen, Leimengrube 10, Waldenbacher Straße 59 und 34 in Aich sowie die Kanalstraße 1 in Neuenhaus. Über die genaue Belegung der Uferstraße 6 wird der Gemeinderat gesondert informiert.

§ 6

Genehmigung öffentlicher Protokolle



Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 25/2021, die diesem Protokoll beigelegt ist.

In der Gemeinderatssitzung am 24.6.2020 wurde das Verfahren zur Bekanntgabe von Protokollen beschlossen. Dementsprechend wurde mit dem öffentlichen Protokoll des Ausschusses für Umwelt und Technik verfahren.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

Beschluss:

Das öffentliche Protokoll vom 10.2.2021 (AUT) wird genehmigt und von zwei Stadträten unterschrieben.

§ 7

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Kurz berichtet, dass der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung dem Verkauf eines Gewerbegrundstücks durch die Eigentümerin LBBW im Gewerbegebiet Südliche Riedwiesen an die Firma Fauser zustimmte.

§ 8

Verschiedenes

§ 8.1

Kommunales Jugendreferat

Hauptamtsleiterin Scherr teilt dem Gemeinderat mit, dass die Stelle des kommunalen Jugendreferats zwischenzeitlich durch den Kreisjugendring mit Frau Mirjam Hornung besetzt wurde. Sie wird sich dem Verwaltungsausschuss in dessen nächster Sitzung vorstellen.

§ 8.2

Digitalfunk Feuerwehr

Wie in der letzten Gemeinderatssitzung besprochen, steht innerhalb der Führungsebene der Feuerwehr nun die endgültige Umstellung auf Digitalfunk an. Vorteil des Digitalfunks ist ein Höchstmaß an Sicherheit. Der Geräteaustausch in den Fahrzeugen und der ortsfesten Anlagen in den Gerätehäusern muss in den nächsten 12 Monaten erfolgen.

Herr Hirn berichtet, dass ein Zuschussantrag beim Land gestellt wurde und man eine Zuwendung von 9.000 € bekommt. Bei der Umstellung handelt es sich um eine rein technische Angelegenheit. Aufgrund der unterschiedlich alten Fahrzeuge ist auch der Aufwand sehr verschieden. Die Verwaltung schlug bereits in der letzten Gemeinderatssitzung vor, keine Ausschreibung durchzuführen. Eine Ausschreibung wäre ein enormer Aufwand verbunden mit hohen Kosten. Zudem gibt es nur wenige Unternehmen, die überhaupt für diese Leistung in Frage kommen. Der Gemeinderat war hiermit einverstanden. Herr Hirn zeigt auf, dass in den einzelnen Fahrzeugen folgende Kosten anfallen: Neuenhaus 14.000 €, Grötzingen



15.000 € und Aich 14.000 €. Bei den Gebäuden sind es 13.000 € in Neuenhaus und Grötzingen sowie in Aich 22.000 €. Alles in allem sind dies circa 92.000 €, abzüglich noch des Zuschusses von 9.000 €. Damit bleibt man unterhalb der in der letzten Sitzung festgelegten Grenze von 100.000 €. Herr Hirn betont, dass die Feuerwehr eine wirtschaftliche Lösung anstrebt. Im Haushaltsplan 2021 werden 100.000 € für diese Maßnahme aufgenommen.

Stadtrat Steck stellt fest, dass man damit unterhalb der vom Gemeinderat festgesetzten Grenze von 100.000 € geblieben ist. Ihn interessiert, wie es dazu kommen konnte, dass ein Gerücht kursierte, ein Gemeinderat habe dagegen interveniert und das Thema sei deshalb abgesetzt worden. Immerhin sind drei Feuerwehrangehörige im Gemeinderat vertreten, die es hätten besser wissen müssen.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass eine falsch verstandene Information in der Feuerwehr zu diesem Missverständnis führte, dahinter aber keine böse Absicht stand. Er bittet in diesem Zusammenhang dringend, künftig ihn direkt zu informieren, damit solche Dinge umgehend geklärt werden können.

§ 8.3

Kreisstraße zwischen Grötzingen und Wolfschlugen

Stadtrat Bund spricht die in der Vergangenheit geplante Sanierung der Straße zwischen Grötzingen und Wolfschlugen an. In diesem Zusammenhang war auch eine kleine Flurbereinigung geplant. Leider hörte man von diesem Vorhaben nichts mehr.

Die Verwaltung wird hier entsprechend nachfragen und den Gemeinderat dann wieder informieren.

§ 8.4

Sanierung der Ortsdurchfahrt Neuenhaus und Museumsradweg

Stadtrat Steck erkundigt sich im Auftrag eines aktiven Radfahrers, ob anlässlich der Sanierung der Ortsdurchfahrt Neuenhaus die Aufbringung einer Radspur geplant ist. Außerdem spricht er den Museumsradweg an. Er ist auf städtischem Gebiet teilweise noch nicht asphaltiert.

Bürgermeister Kurz erklärt, dass keine Radspur geplant ist. Konsequenz wäre, dass alle Stellplätze entlang der Straße wegfielen. Zum Thema Museumsradweg finden demnächst Gespräche statt. Er wird den Gemeinderat zu gegebener Zeit darüber informieren.

